Viel Luft nach oben

Zu: „Wer ist schuld an der Verwirrung?“, FR-Regional vom 20.5.

Interessant zu lesen, wie viele Impftermine in den Impfzentren abgesagt werden, nachdem die Hausärzte in die Bresche springen. Daneben moniert Minister Beuth nicht abgesagte, nicht wahrgenommene Impftermine und appelliert, diese frühzeitig abzusagen. Leider kommen aber Absagen offenbar nicht bei den Impfzentren an. Meine Frau hat streng nach Priorisierung einen Termin beim Hausarzt bekommen und die Reservierung im Impfzentrum online storniert. Nach Wochen kam eine Mail vom Zentrum, dass der Termin nicht eingehalten wurde. Ein neuer Termin wurde angeboten.

Nach Rückfrage wurde mitgeteilt, dass auch die Registrierung auf der Homepage gelöscht werden müsse. Welchen Sinn macht eine Online-Stornierung anzubieten, die nicht funktioniert noch das Impfteam zeitnah erreicht? Organisatorisch und technisch ist da noch viel Luft nach oben. Die Politik sollte nicht nur auf die Impfwilligen zeigen, die sich schon viel Mühe geben mussten, überhaupt einen Termin zu sichern.

Übrigens: Vielen Dank an die Freiwilligen in den Impfzentren, Arztpraxen und Fahrdiensten!

Thomas Bauscher, Bad Vilbel

Was ist los in diesem Land?

Zu: „Unwürdig behandelt“, FR-Regional vom 12. Mai

Fünfzehn Polizisten filzen eine Unterkunft für Obdachlose und Bauarbeiter, angeblich zur Kontrolle der Corona-Regeln. Ein Mensch mit türkischen Wurzeln wird unter einem Vorwand nachts kurz vor zwölf telefonisch hinzugebeten und dann völlig grundlos gezwungen, sich auszuziehen und gründlich besichtigen zu lassen.

Leben wir hier eigentlich noch in einer Demokratie, in der die Würde des Menschen zu wahren das oberste Gebot ist und in der die Staatsorgane dazu da sind, alle, aber auch wirklich alle, die hier leben, zu schützen? Oder ist dies ein Staat, in dem die Polizei nach Lust und Laune Menschen drangsalieren kann, wenn sie nicht so richtig ins Bild passen?

Was ist los in diesem Land? Seit Jahren besuche ich in unregelmäßigen Abständen den Rechtsausschuss des Frankfurter Stadtparlaments. Bei meiner letzten Anwesenheit im Rechtsausschuss vor einigen Monaten nahm Polizeipräsident Bereswill sehr lange Stellung. Als ich, die ich bereits um 17 Uhr gekommen war, endlich um 21 Uhr meine Fragen stellen durfte, war Bereswill schon wieder gegangen.

Ich kann nur hoffen, dass Herr Daimagüler erfolgreich ist mit seinen Ermittlungen.

Elke Peters, Frankfurt

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210531

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier, was gut ist für die Insektenweide: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Bascha Mika ist zu Gast in der Sendung „Der Tag“. Gespräch über aktuelle Themen.
Mittwoch, 2. Juni, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD) über das Thema „Frankfurt schrumpft: Wie geht es weiter?“ In der Reihe „Göpferts Gäste“ des Club Voltaire, Einwahldaten für den Videostream unter club-voltaire.de/veranstaltungen
Donnerstag, 10. Juni, 19 Uhr

FDP versteht ihr eigenes Programm nicht

FDP lässt geplante Römer-Koalition platzen: „Entscheidung mitten in der Nacht“, FR-Regional vom 28. Mai

Verbohrte Ideologen sind unglaubwürdig

Die FDP ist nicht in der Lage, das eigene Wahlprogramm zu verstehen, Ideologie aus konkreten Koalitionsverhandlungen rauszuhalten und Koalitionsversprechen einzuhalten.

Während der Jamaika-Verhandlungen 2017 wollte FDP-Chef Lindner lieber gar nicht regieren als schlecht. Welchen konkreten Bezug diese Aussage zu FDP-Forderungen aus dem damaligen Wahlprogramm hat, ist nicht bekannt. Genau das gleiche ist jetzt in Frankfurt geschehen. Ein wochenlang mühsam ausgehandelter Koalitionsvertrag mit über 200 Seiten wurde von der FDP-Basis in die Tonne entsorgt. Obwohl das zentrale FDP-Wahlprogrammthema Verkehr im Koalitionsvertrag umfangreich Einzug gehalten hat, stänkerten einige FDP-Ideologen gegen das eigene Wahlprogramm mit Begriffen wie „Autofeindlichkeit“, „autofreie Zonen“, „Grünes Manifest“ und „Bevormundung“. Wer soll das verstehen?

Die Lehre nach der Jamaika-Regierungsflucht, das Desaster um die Thüringer Ministerpräsidentenwahl und erneuter Flucht aus politischer Verantwortung der fünft-größten Stadt Deutschlands liegt wohl darin, dass das geschriebene FDP-Wahlprogramm nicht das Papier wert ist. Jeder potenzielle Koalitionspartner im neuen Bundestag muss mit der Unglaubwürdigkeit dieser ideologieverbohrten FDP rechnen. Jürgen Eiselt, Frankfurt

Du liebe Zeit, es könnte ja konstruktiv zugehen!

Die FDP hat also nach abgeschlossenen Verhandlungen wieder eine Regierungskoalition abgesagt. Wegen zu vieler Dezernate (kann man diskutieren), einem linken Zentrum in der Innenstadt und ein paar autofreien Straßen. Seltsam, ich dachte immer, eine europäische Großstadt hätte noch ein paar andere politische Herausforderungen zu bewältigen. Aber es ist natürlich nicht zumutbar, dass man mit dem eigenen Sportwagen oder dem SUV nicht mehr in die Bank oder die Kanzlei in der Innenstadt kommt.

Vielleicht ist es aber auch ganz anders? Bei einer Regierungsbeteiligung würde die Leere des eigenen politischen Programms zum Vorschein kommen, das offenbar keine umfassenden Antworten findet auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen. Lobbyismus und partikulare Interessenvertretung sind eben noch kein politisches Programm. Am Ende wäre man bei Regierungsbeteiligung vielleicht sogar genötigt, konstruktive politische Vorschläge zu machen! Oder man müsste sich gar am Gemeinwohl orientieren – schreckliche Vorstellung.

Schlecht regiert zu werden von der FDP ist in der Tat keine Option. Insofern war es eine richtige Entscheidung.

Margit Göttert, Frankfurt

Der Flugterror darf sich nicht wiederholen

Zu: „Umstrittene Kurzstreckenflüge“, FR-Regional vom 20. Mai

In der Debatte des Landtags am 20. Mai wurde deutlich, dass sich CDU, FDP und AfD „Sorgen machen um die Zukunft des Flughafens“. Obwohl es zunächst nur um die Verlegung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene geht, werden trotz der „Corona-Lehren“ von den Befürwortern des unbegrenzten Flugverkehrs wieder die Weichen für eine Wiederbelebung der Konflikte um Fluglärm und die Umweltbelastung gestellt. Die Ausbaubefürworter haben offenbar aus den Folgen der Corona-Pandemie nichts gelernt. Ihnen ist der Profit der Aktionäre wichtiger als die Lebensqualität der Anwohner und die Belastung der Umwelt.

Die FDP will den Flughafen stärken. Was mich besonders ärgert: Selbst SPD-Politiker wie Marius Weiß fordern, „dringend Wege zu suchen, wie der Luftverkehr wieder auf die Beine kommt und zwar nach Möglichkeit bereits im Sommer“. Was muss eigentlich noch Schreckliches passieren, um zu begreifen, dass schnellstens radikale, zukunftsorientierte Veränderungen notwendig sind, um die Menschen zu entlasten und Umwelt zu retten? Über 300 000 Menschen in den südlichen Stadtteilen Frankfurts waren den Belastungen ausgesetzt, über 80 Bürgerinitiativen haben regelmäßig gegen diese Belastungen demonstriert. Mit der Corona-Pandemie wurde es plötzlich still. Man hörte wieder die Vögel zwitschern und sogar die Insekten summen. Diese neue Lebensqualität muss weitgehend erhalten bleiben. Der Flugterror darf sich nicht wiederholen. Als erstes Ziel gilt es, die Kurzstreckenflüge konsequent auf die Schiene zu verlagern, das Nachtflugverbot auszuweiten und die Nordwest-Landebahn stillzulegen.

Eberhard Bacher, Frankfurt

Wenn Glaubensnormen einsickern

Kirchenaustritte: „Unter Sparzwang“, FR-Regional vom 25. Mai

Zwangsvereinigung mit gewollter Machtanhäufung

Im Beitrag heißt es: „Es gibt seit einigen Jahren Fusionen von Pfarreien zu sogenannten Pfarreien neuen Typs.“ Am Tag zuvor legte ich Wolfgang Leonhards Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ beiseite, das ich nach Jahren erneut gelesen hatte. Peter Hanacks Artikel rief mir Leonhards Text über die 1946 gegründete SED in den Sinn. So wie die KPdSU sollte sie eine Partei neuen Typus’ sein.

Wohlwollend könnte man sagen, die Glaubensverwalter sind auf historischem Gebiet erschreckend unbedarft, obwohl sie die Verknüpfung biblischer Texte perfektioniert haben. Oder stellt diese Formulierung eine zynische Absicht dar? Mit diesem Begriff ist man gar nicht so weit von denen entfernt, die 1946 die Zwangsvereinigung von KPD und SPD betrieben. Entpuppt sich nicht nahezu jede Gemeindefusion als Zwangsvereinigung mit gewollter Machtanhäufung?

Georg Stawski, Recklinghausen

Macht Museen aus den Kirchen!

Von rund 750 000 Menschen in Frankfurt sind etwa ein Drittel bei der Steuer gemeldete Christen. Es werden immer weniger. Ob das alles Gläubige sind, wie die Kirchenfürsten sich das so wünschen? „Gott neu denken“, hieß es mal vor kurzem bei den Evangelen. „Viele Normen sind nicht mehr zeitgemäß und lebensnah“, kam es von katholischer Seite. Kann man hoffen, dass endlich vernünftige Menschen mit Verstand und Realitätssinn tatsächlich Zweifel an einer Gottesallmacht entdecken?

Ich höre und lese immer wieder von interreligiösen Foren, wo die Vielfalt der Religionen zusammenkommt und was beredet. Um was geht es da eigentlich? Wir haben eine verfassungsrechtlich geschützte Glaubens- und Religionsfreiheit. Einen Glauben, woran auch immer, darf man niemandem verbieten. Aber: Normen und Werte eines Glaubens in eine freiheitliche Gesellschaft einzubringen, dazu bedarf es besonderer Aufmerksamkeit.

Macht aus Kirchen Museen und aus Pfarrer:innen Sozialarbeiter und Seelsorger, die werden wir in Zukunft mehr brauchen als je gedacht. Da muss nur noch eine weitere Pandemie kommen. Auch diese kann keine Allmacht verhindern, allenfalls aus den jetzigen Erfahrungen gelernt in seinen Wirkungen durch Menschengeist und –hand gemäßigt werden. Uwe Thoms, Frankfurt